

Deutschlandweite Umfrage des DIVV: Über zwei Drittel der Vereine und Verbände sind mit der politischen Arbeit derzeit nicht zufrieden

Trendumfrage „DIVV-Spotlight“ zum Thema „Politische Zufriedenheit des Verbändesektors“ – Kernaussagen

- 67% der Vereine und Verbände sind *unzufrieden* mit der Arbeit der aktuellen Bundesregierung; davon sind über 27% *sehr unzufrieden*. Lediglich rund ein Viertel tendiert zu *eher zufrieden*.
- Fast 70% der Befragten sind *unzufrieden* mit der politischen Unterstützung, die derzeit Vereine und Verbände durch die Bundesregierung erfahren.
- Die politische Unzufriedenheit zeigt sich insbesondere bei Themen wie „Finanzen und Förderung“, „Bürokratieabbau“, „Partizipation und Teilhabe“ sowie „Wertschätzung des Ehrenamts“.
- Es wird mehr Information und Einbindung durch die Bundesregierung gefordert: Ein Drittel der befragten Vereine und Verbände fühlt sich *kaum* und 16,2% sogar *gar nicht* informiert bzw. eingebunden. Auf knapp 45% der Befragten trifft dies nur teilweise zu.
- Drei Viertel der befragten Vereine und Verbände sind vom politischen Geschehen deutlich betroffen und müssen daher im Rahmen ihrer strategischen Planung ständig auf aktuelle Gegebenheiten reagieren.

Seit Mai 2025 ist die neue Bundesregierung im Amt. Das Deutsche Institut für Vereine und Verbände e.V. (DIVV) hat daher Ende Oktober bei rund zweitausend Vereinen und Verbänden deutschlandweit nachgefragt, um die Stimmung und Einschätzungen aus der Perspektive von Vereinen und Verbänden zu erfassen. Ziel ist es, ein verbändebezogenes Stimmungsbild zur politischen Arbeit zu gewinnen und möglichen Handlungsbedarf frühzeitig zu identifizieren.

Die Stimmung im Verbändesektor ist momentan eher von Unmut geprägt: Mehr als zwei Drittel der Vereine und Verbände sind mit der bisherigen Arbeit der Bundesregierung unzufrieden; über ein Viertel sind sogar *sehr unzufrieden* (siehe Abbildung 1).

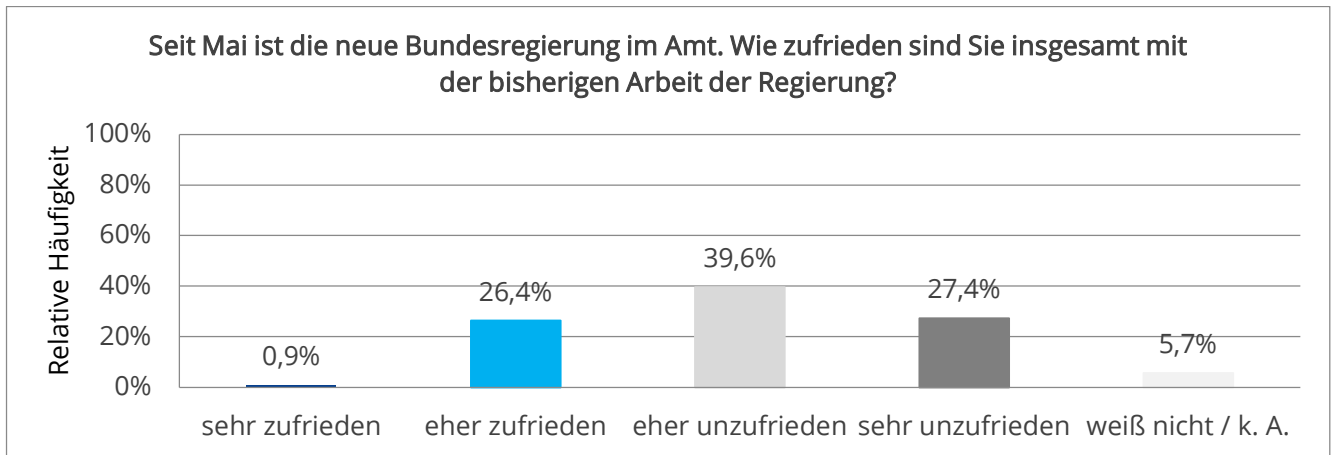


Abbildung 1 (Quelle: DIIV 2025)

Diese Aussage lässt sich unabhängig vom Verbandstyp feststellen: Ein genauerer Blick zeigt, dass aber vor allem soziokulturelle Verbände mit 70% und soziale/karitative Verbände mit 64,7% der Nennungen mit der aktuellen politischen Situation unzufrieden sind. Bei den Wirtschaftsverbänden ist die Stimmung nur leicht besser. Hier geben aber auch 55,8 % der Befragten an, unzufrieden zu sein. Betrachtet man diese Ergebnisse bezogen auf die Organisationsebene, weisen vor allem kleinere Verbände auf Regional-/Bezirks-/Kreis- und Ortsebene (90,9%) oder international bzw. europäisch tätige Verbände (77,8) politischen Unmut auf. Auf Bundes- oder Landesebene sind auch jeweils rund zwei Drittel der Vereine und Verbände unzufrieden, doch gut ein Viertel der Befragten auf Bundesebene sowie rund ein Drittel auf Landesebene sind *eher zufrieden*.

Über zwei Drittel der Vereine und Verbände erwartet mehr Unterstützung von der Regierung

Wie äußert sich die politische Unzufriedenheit im Verbandesektor genauer? Über zwei Drittel der befragten Vereine und Verbände sind mit der aktuellen politischen Unterstützung unzufrieden, die sie derzeit von der Politik erhalten (Abbildung 2).

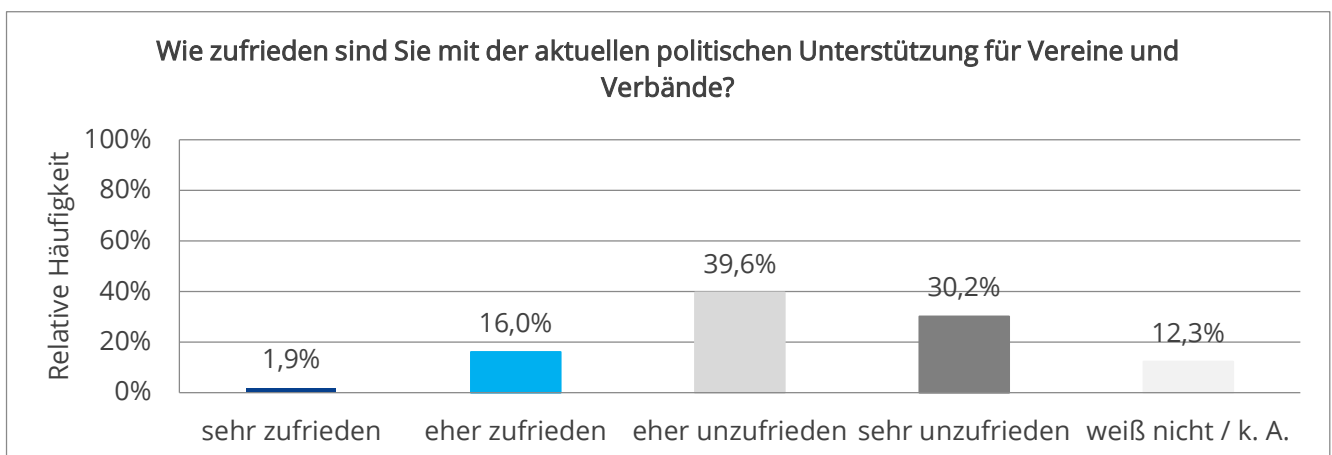


Abbildung 2 (Quelle: DIIV 2025)

Auch dieses Ergebnis zeigt sich im Wesentlichen unabhängig vom Verbandstyp. Lediglich knapp 6% der karitativen / sozialen Verbände sowie 2,3% der Wirtschaftsverbände sind *sehr zufrieden* mit der politischen Unterstützung, die sie erfahren (siehe Abbildung 3).

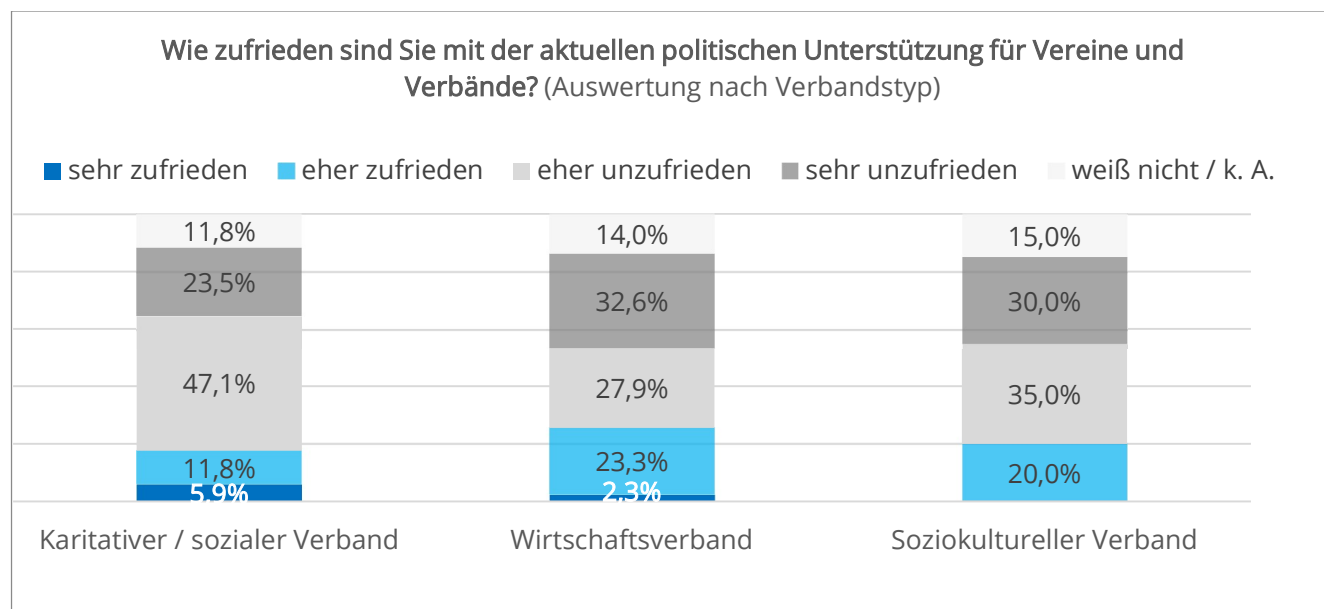


Abbildung 3 (Quelle: DIW 2025)

Bezogen auf die Organisationsebene fällt auf, dass insbesondere Verbände auf Regional-/Bezirks-/Kreis- und Ortsebene äußerst unzufrieden mit der politischen Unterstützung sind: 45,4% der befragten Verbände sind *eher unzufrieden* und 54,6% sogar *sehr unzufrieden*. Rund ein Fünftel der Verbände auf Bundes- und Landesebene ist *eher zufrieden* (siehe Abbildung 4).

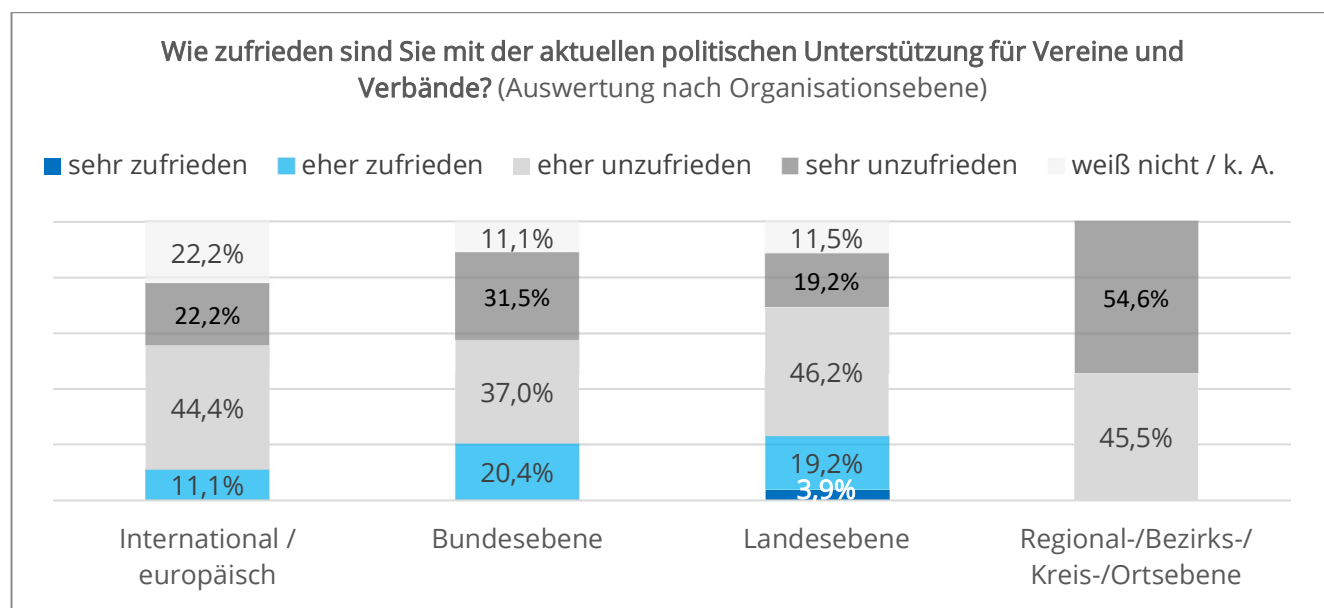


Abbildung 4 (Quelle: DIW 2025)

Worin begründet sich die politische Zufriedenheit im Verbändesektor? Welche politische Unterstützung bzw. welche Rahmenbedingungen werden benötigt?

In einer offenen Frage haben wir diesbezüglich konkret nachgefragt: An erster Stelle wurde das **Thema „Finanzen und Förderung“** genannt. Rund 16% der Umfrageteilnehmer wünschen sich eine bessere finanzielle Unterstützung, mehr Förderprogramme sowie höhere Steuerentlastungen. An zweiter Stelle der Nennungen steht mit 14,3% der **Bürokratieabbau**, hierzu zählen zum Beispiel Vereinfachung im Antragswesen, beim Lobbyregister oder auch bei Berichtspflichten. Durch die zum Teil schwierige bzw. unsichere Finanzierung und die in einigen Bereichen vorherrschende Überregulierung fühlen sich die Vereine und Verbände in ihrer Arbeit eingeschränkt. An dritter Stelle rangiert mit 11,2% der Nennungen das Thema **„Politische Partizipation und Teilhabe“**. Die befragten Vereine und Verbände wünschen sich eine frühzeitigere Einbindung in politische Prozesse, transparentere und gleichberechtigtere Anhörungsformate sowie einen Dialog auf Augenhöhe. Politische Entscheidungen werden demnach oft nur mit unzureichender Einbindung des Verbändesektors getroffen. 9,2% der Forderungen, somit Rang vier, betreffen das **Ehrenamt**. Diese zielen insbesondere auf eine größere Anerkennung und Wertschätzung des Ehrenamts, insbesondere als wichtiger Pfeiler des Verbändesektors, ab.

Mehr Information und Einbindung durch die Bundesregierung gefordert

Ein Grund für die große Unzufriedenheit bei der politischen Unterstützung kann auch darin liegen, dass Vereine und Verbände sich mehrheitlich nicht ausreichend von der Bundesregierung informiert und eingebunden fühlen. Knapp 45% der Befragten gaben an, dass dies für sie nur *teilweise* zutrifft. Ein Drittel der befragten Vereine und Verbände fühlt sich *kaum* und 16,2% sogar *gar nicht* informiert bzw. eingebunden (siehe Abbildung 5).

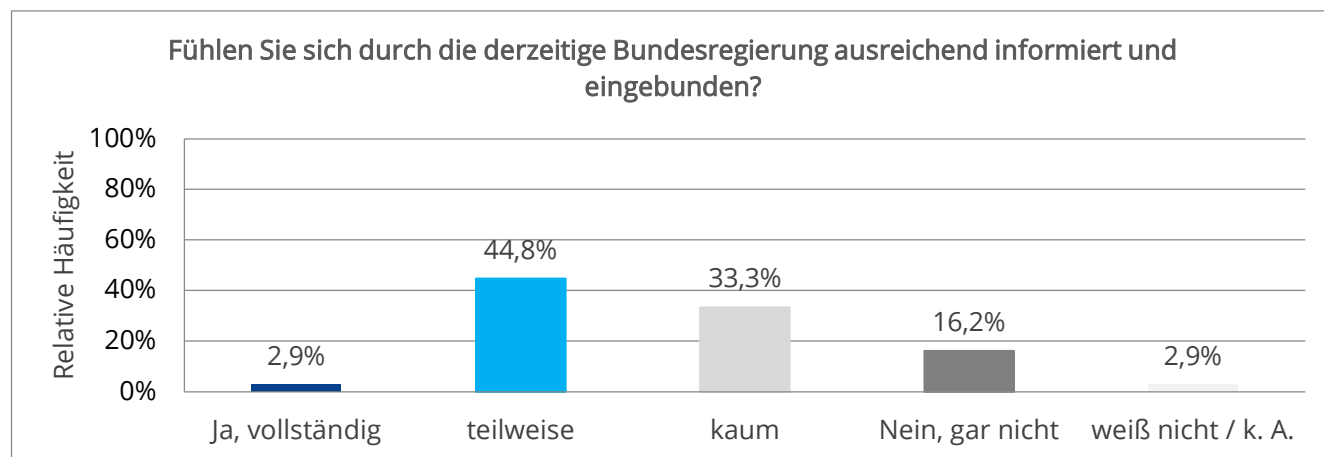


Abbildung 5 (Quelle: DIVV 2025)

Mehrheitlich äußerten sich mit 52,9% der Nennungen soziale / karitative Verbände, dass sie *kaum* bzw. *gar nicht* entsprechend informiert bzw. eingebunden werden. Bei den befragten Wirtschaftsverbänden gaben 53,4% und bei den soziokulturellen Verbänden 45% an, dass sie zumindest *teilweise* ausreichend informiert und eingebunden werden. Bei der Betrachtung dieser Ergebnisse bezogen auf die Organisationsebene fällt auf, dass wiederum Vereine und Verbände auf Regional-/Bezirks-/Kreis- und Ortsebene am unzufriedensten sind (45,5 fühlen sich *kaum* und 27,3% *gar nicht* ausreichend informiert bzw. eingebunden).

Das aktuelle politische Geschehen prägt den Verbändesektor deutlich

Wie stark beeinflusst die aktuelle politische Lage die strategische Planung von Vereinen und Verbänden? Gut ein Viertel der Befragten gibt an, *sehr stark* und rund die Hälfte *stark* von den politischen Geschehnissen betroffen zu sein und im Rahmen ihrer strategischen Planung darauf reagieren zu müssen. Ein gutes Fünftel der Umfrageteilnehmer fühlt sich durch die politische Lage hingegen *kaum* tangiert (siehe Abbildung 6).

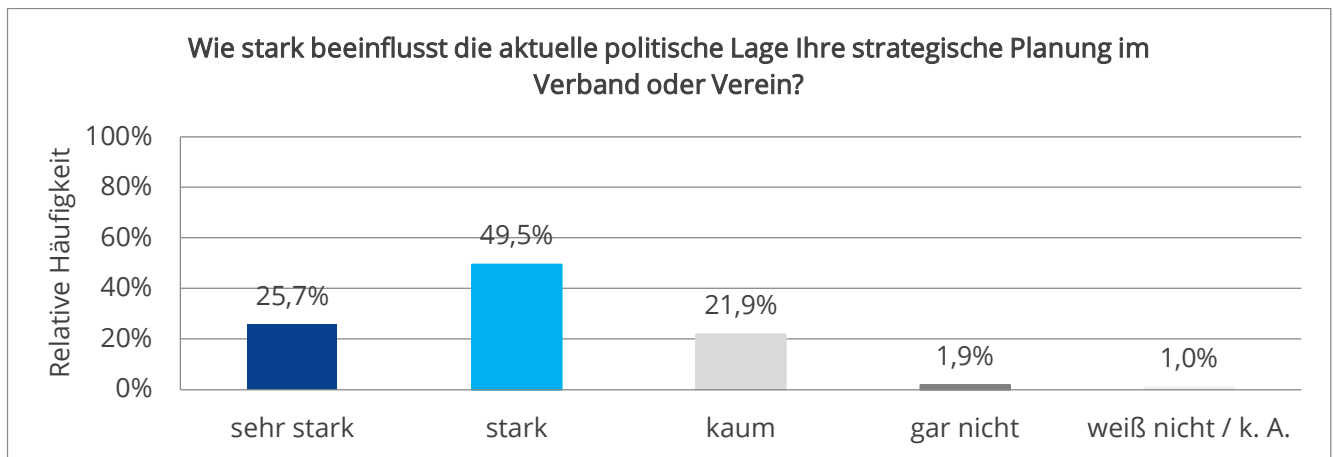


Abbildung 6 (Quelle: DI V 2025)

Die Ergebnisse der Trendumfrage bestätigen, dass vor allem Wirtschaftsverbände besonders stark vom politischen Geschehen betroffen sind (*sehr stark*: 34,9% und *stark*: 41,9%). Dieses Ergebnis ist nachvollziehbar, da politische Entscheidungen unmittelbar die Rahmenbedingungen für Unternehmen beeinflussen und Wirtschaftsverbände daher aktiv auf die Politik reagieren müssen, um ihre Interessen zu vertreten. Aber auch karitative / soziale Verbände sowie sozokulturelle Verbände geben überwiegend an, stark von den politischen Entwicklungen betroffen zu sein; politische Rahmenbedingungen, aber auch die Finanzierung, wie z.B. Zuschüsse, Fördergelder oder auch Sozialleistungen, wirken sich auf die Handlungsfähigkeit dieser Vereine und Verbände aus (siehe Abbildung 7).

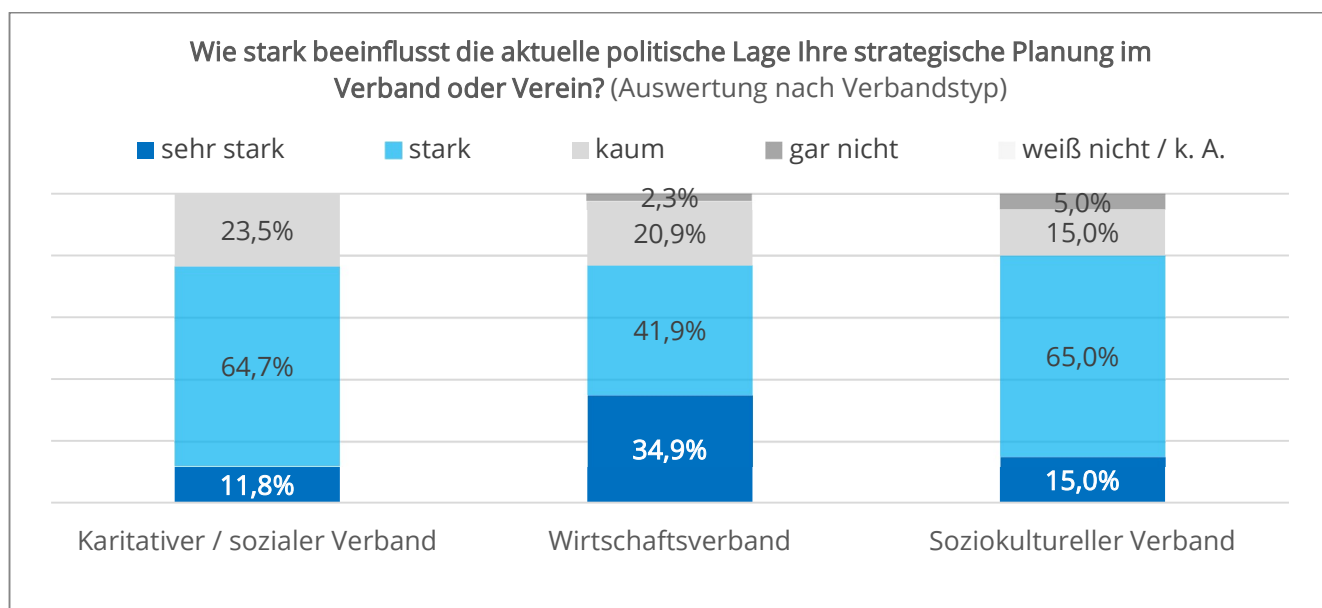


Abbildung 7 (Quelle: DIIV 2025)

Fazit:

Wie die Studie des DIIV zeigt, ist es den bestimmenden Kräften der deutschen Politik zwischen Wahl und Ende Oktober 2025 nicht gelungen, die geweckten Hoffnungen zu erfüllen. Die Verbände in Deutschland – gleich welchen Tätigkeitsfeldes – sind ähnlich unzufrieden, wie es repräsentative Meinungsumfragen für die Gesamtbevölkerung ermitteln. Von der Mitsprache bis zum Förderwunsch hätten sich viele mehr erhofft. Hat man zu viel erwartet, haben Bundesregierung und Parteien der Regierungskoalition zu viel versprochen, oder muss man noch warten?

Für die Verbände zeigt sich, dass ihre regionale bis kommunale Ebene mehr Probleme sieht, noch unzufriedener ist. Sehen wir hier Zentralisierung, gibt es Kommunikationsprobleme, trocknen Region und Kommune aus? Auch Bürgermeister schreiben ja Brandbriefe nach Berlin. Interessant wäre, ob die regionalen Verbände Mitglieder von Landes- und Bundesverbänden sind und sich hier eine Aufgabe innerhalb des Verbandesystems ergibt; aus den Daten lässt sich die Frage leider nicht beantworten. Sehen wir hier, wie die immer weiter professionalisierte und intensivierte Interessenvertretung oder „Lobbyarbeit“ der Verbände sich gegenseitig übertönt und damit insgesamt erschöpft?

Wären für Bundestag und Bundesregierung, für Parteien und Abgeordnete besser strukturierte Formen der Kommunikation mit Verbänden zu entwickeln – damit mehr Effizienz ins System kommt und die Verbände sich besser gehört fühlen?

Der Wunsch nach finanzieller Unterstützung durch den Staat, so verständlich er ist, dürfte die Stellung von vielen Verbänden eher schwächen: Sie werden abhängig statt einwirkend. Der Staat lebt selbst auf Schulden. Auch angesichts des Umbruchs des Parteiensystems, der Schwankungen im Wahlverhalten sind staatliche Subsidien stets hochgradig gefährdet. Die Herausforderung wird sein, andere Finanzierungsquellen zu erschließen. Angesichts einer noch länger stagnierenden Volkswirtschaft wird das noch mehr Druck ausüben, dass Verbände wirtschaftlich arbeiten.

Prof. Dr. Hilmar Sturm, Mitglied des Vorstands vom DIVV, weist in Anbetracht dieser Ergebnisse darauf hin, dass Resilienz einerseits und Risikomanagement andererseits aktuell bleiben. Flexibilität wird wichtiger. Und die Verbändekommunikation wird sich wohl von Quantität und Intensität auf Raffinesse und neue Ideen verlagern müssen.

Vielleicht kommt aber noch die Zeit der Lösungen, die wirken. Deutschlands Verbände hoffen darauf.

Quelle: DIVV-Spotlight – Die Trendumfrage des Deutschen Instituts für Vereine und Verbände (2025)

Die Vereins- und Verbandslandschaft verändert sich ständig und erfordert innovative und nachhaltige Konzepte. DIVV-Spotlight gibt zeitnah Antworten auf aktuelle Vereins- und Verbandsthemen. Als Sprachrohr ermittelt es ein schnelles Bild der Verbände und trägt dazu, dass sie gehört werden. Im Rahmen der DIVV-Spotlight Trendumfrage zum Thema „Politische Zufriedenheit des Verbändesektors“ wurden als Stichprobe 1950 Vereine und Verbände deutschlandweit befragt; 106 Vereine und Verbände haben geantwortet.

Kontakt:

Deutsches Institut für Vereine und Verbände e.V. (DIVV)

Prof. Dr. Hilmar Sturm, Dr. Astrid Heilmair, Mitglieder des Vorstands
Pelkovenstr. 35c, 80992 München

E-Mail: a.heilmair@divv.de

Weitere Informationen finden Sie unter www.divv.de

Deutsches Institut für Vereine und Verbände e.V. (DIVV)

Vor mehr als 30 Jahren wurde der Grundstein für das DIVV gelegt – in seiner damaligen Form als universitäre Forschungseinrichtung „Seminar für Vereins- und Verbandsforschung“ (SVV) der Technischen Universität München unter Prof. Dr. Dieter Witt. Als Bindeglied zwischen Wissenschaft und Praxis fördert und stärkt das DIVV den fachlichen Dialog zwischen Forschung und angewandtem Management. Das DIVV steht traditionsgemäß für konsequente Weiterentwicklung und Verbreitung von verbandsspezifischem Wissen – auch mittels eigener Forschung.